

Romarc Cécillon

# Die Rücknahme europarechtswidriger Subventionsbescheide in Deutschland und in Frankreich

---

# Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Rechtswissenschaften



Wissenschaftliche Beiträge  
aus dem Tectum Verlag

Reihe: Rechtswissenschaften  
Band 89

Romaric Cécillon

## **Die Rücknahme europarechtswidriger Subventionsbescheide in Deutschland und in Frankreich**

Tectum Verlag

Romaric Cécillon

Die Rücknahme europarechtswidriger Subventionsbescheide in Deutschland  
und in Frankreich

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag,  
Reihe: Rechtswissenschaften; Bd. 89

© Tectum Verlag Marburg, 2017

Zugl. Diss. Philipps-Universität Marburg 2016

ISBN: 978-3-8288-6690-4

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Buch unter der ISBN  
978-3-8288-3947-2 im Tectum Verlag erschienen.)

ISSN: 1861-7875

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

#### **Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind  
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

# Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2015/2016 vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg als Dissertation angenommen. Die Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand von Juni 2016.

Für die ausgezeichnete Betreuung meiner Dissertation möchte ich mich bei meiner Doktormutter Prof. Dr. Monika Böhm für ihre jahrelange professionelle und personelle Unterstützung herzlich bedanken. Ihre hervorragende Betreuung, ihre Empfehlungen und Anregungen haben mich und meine Arbeit in vielerlei Hinsichten gefördert. Ihre unermüdliche Unterstützung, die sie mir zukommen ließ, hat mir immer wieder Kraft gegeben, meine Promotion fortzusetzen und das deutsche Recht weiter zu entdecken und zu durchdringen sowie das französische Recht näher zu erklären. Herrn Prof. Dr. Steffen Detterbeck danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Zu herzlichem Dank bin ich ebenso Frau Dr. Petra Zrenner und Herrn Prof. Dr. Francisco Bedecarratz Scholz, LL.M. für ihre unermüdliche Unterstützung verpflichtet, die sie mir zukommen ließen und die mir immer wieder Kraft gegeben hat. Ferner muss ich Frau stud. iur. Lena Schneider, Frau stud. iur. Laura Mennonna und Herrn stud. iur. Johannes Parwulski für die gründlichen Korrekturarbeiten ganz herzlich danken.

Prof. Dr. Lars Klöhn, LL.M. danke ich zudem für seine Ermutigung dazu, nach dem Masterstudiengang meine Promotion in Deutschland durchzuführen. Für seine bereichernden Hinweise möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Ein ganz besonderer Dank geht an Herrn Frederik Bleiber nicht nur für die Korrektheit der deutschen Sprache, sondern vielmehr für die seelische Unterstützung auch in Momenten der Verwirrung oder gar der Verzweiflung.

Abschließend widme ich diese Arbeit meinen Eltern Bernadette Cécillon und Jean-Louis Cécillon sowie meinen verstorbenen Großeltern Colette Cécillon und Jean Cécillon, ohne deren Unterstützung ich nie nach Deutschland gereist wäre, um mein Studium dort fortzusetzen, und ohne deren großes Vertrauen und große Liebe ich es nie geschafft hätte, dieses Projekt zur Vollendung zu bringen.

Frankfurt, Januar 2017

Romarc Jean-René Cécillon, LL.M.



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	17
<b>Erster Teil: Beihilfe und Unionsrecht</b> .....	23
§ 1. Prinzipien des Beihilferechts.....	23
A. Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts .....	23
I. Der <i>effet utile</i> . ....	23
II. Der <i>effet direct</i> . ....	26
B. Die Rückforderung von rechtswidrigen Beihilfen. ....	27
I. Die Rechtswidrigkeit der Beihilfe .....	28
1. Die formelle Rechtswidrigkeit infolge einer Nichtnotifizierung .....	28
2. Die materielle Rechtswidrigkeit: Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt .....	30
a) Das Kriterium der Öffentlichkeit der Hilfe .....	31
(1) Der Fall <i>Stardust</i> .....	32
(2) Der Fall <i>PreussenElektra</i> .....	34
(3) Der Fall <i>Pearle BV</i> .....	35
b) Die Selektivität der Maßnahme .....	36
c) Die Beeinträchtigung des Wettbewerbs. ....	39
d) Die Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels .....	40
II. Die Anordnung der Rückforderung .....	41
1. Die Anordnung durch die nationalen Instanzen .....	41
2. Die Anordnung durch die Kommission. ....	42
a) Die einstweilige Rückforderung .....	43
b) Die Rückforderungsanordnung. ....	44
3. Die Grenzen der Rückforderungsanordnung. ....	48
<b>Zweiter Teil: Die Rücknahme der europarechtswidrigen staatlichen Beihilfe in Deutschland</b> .....	49
§ 1. Das Wahlrecht der Verwaltung .....	49
A. Die Art der Beihilfegewährung nach Maßgabe der Rückabwicklungsmethode und die <i>Zwei-Stufen-Theorie</i> . ....	49



I.	<b>Die Zwei-Stufen-Theorie</b> .....	49
II.	<b>Die Zwei-Stufen-Theorie und das Beihilferecht</b> .....	51
1.	Der Fall <i>Ostdeutsche Werften</i> .....	52
2.	Bewertung der Lösung .....	54
B.	<b>Die Rückforderung der durch öffentlich-rechtlichen Vertrag zustande gekommenen Beihilfe</b> .....	55
I.	<b>Die Möglichkeit der Vertragsanpassung nach § 60 Abs. 1 VwVfG</b> .....	56
II.	<b>Die Rückabwicklung durch den allgemeinen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch</b> ...	59
1.	Das Fehlen eines rechtlichen Grundes: Der Wegfall der Geschäftsgrundlage und die Vertragsanpassung .....	59
2.	Die Anwendung des § 58 Abs. 2 VwVfG: Eintritt des Vertrags anstelle eines Verwaltungsakts ...	60
3.	Kein Ausschluss des Rückerstattungsanspruchs .....	61
4.	Zusammenfassung .....	61
§ 2.	<b>Die Rückforderung rechtswidriger Beihilfe durch die Rücknahmeregelung</b> .....	63
A.	<b>Die Rücknahme und der Widerruf nach §§ 48, 49 im Allgemeinen</b> .....	63
I.	<b>Die Rücknahme eines rechtswidrigen belastenden Verwaltungsakts nach § 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG</b> .....	64
II.	<b>Die Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts</b> .....	65
1.	Die Regelungen des § 48 Abs. 2 VwVfG .....	65
2.	Die Erstattung des Erlangten bei der Rücknahme des Verwaltungsakts (§ 49a VwVfG) .....	66
3.	Die Regelungen des § 48 Abs. 3 VwVfG .....	66
4.	Die Regelungen des § 48 Abs. 4 VwVfG .....	66
III.	<b>Der Widerruf nach § 49 VwVfG</b> .....	67
1.	Der Widerruf eines rechtmäßigen belastenden Verwaltungsakts nach § 49 Abs. 1 S. 1 VwVfG ...	67
2.	Der Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsakts nach § 49 Abs. 2 VwVfG: Der Widerruf mit Wirkung für die Zukunft. ....	68
3.	Der Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsakts nach § 49 Abs. 3 VwVfG: Der Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit .....	69
4.	Der Widerruf des Subventionsbescheides nach § 49 Abs. 2 und 3 VwVfG .....	70
IV.	<b>Zum Sachverhalt</b> .....	71
V.	<b>Bewertung der Lösung</b> .....	72
B.	<b>Die Rücknahme einer durch Verwaltungsakt gewährten Beihilfe nach § 48 VwVfG</b> .....	76
I.	<b>Die Rechtswidrigkeit des ursprünglichen Bewilligungsbescheids</b> .....	76

II.	Der Begriff der Begünstigung i. S. d. § 48 Abs. 2 S. 1 VwVfG	77
III.	Schutzwürdiges Vertrauen und Voraussetzungen des § 48 VwVfG	78
IV.	Die Voraussetzungen des Vertrauensschutzes nach § 48 VwVfG	79
C.	Die Problematik des Vertrauensschutzes	80
I.	Die Herkunft und Klassifizierung des Prinzips des Vertrauensschutzes	81
1.	Ein altes Prinzip	81
2.	Der Vertrauensschutz im Grundgesetz	82
II.	Der Inhalt des Vertrauensschutzes	84
D.	Die historische Entwicklung bis zur <i>Deutsche Milkkontor</i> -Entscheidung	84
I.	Die Kodifizierung und das Inkrafttreten des VwVfG: Änderungen und Inhalt	85
II.	Anpassungszeit und Intervention des BVerwG zu nationalen Problematiken:	
	Die Entscheidung vom 25. Juni 1982	86
1.	Zum Sachverhalt	86
2.	Die Bewertung der Lösung	87
E.	Die historische Entwicklung des deutschen Rechts: Rücknahmevorschriften	
	von <i>Deutsche Milkkontor</i> bis <i>Alcan II</i>	88
I.	Die ersten Konflikte mit dem EG-Recht: Der <i>Deutsche Milkkontor</i> -Fall und seine Folgen	88
1.	Die Entscheidung <i>Deutsche Milkkontor</i> von 1982	88
a)	Sachverhalt	88
b)	Die Lösung des EuGH	89
c)	Die Konsequenzen für das deutsche Recht	90
2.	Die Antwort des Großen Senats: Eine Lösung der nationalen „Probleme“	91
a)	Die innerlichen Konflikte	91
b)	Inhalt der Lösung des BVerwG	92
c)	Bewertung der Lösung	93
d)	Grenzen der Lösung des Großen Senats	93
II.	Das Scheitern der Lösung im Hinblick auf das Gemeinschaftsrecht	94
1.	Der Fall des OVG Münster vom 26.11.1991	95
a)	Die Lösung des OVG Münster: Ein Muster für eine europarechtskonforme Auslegung	95
b)	Auswertung des Vertrauensschutzes	97
c)	Auswertung der Problematik der Frist	98
2.	Der Fall des OVG Koblenz: Die Antinomie des Urteils vom OVG Münster	99

a)	Sachverhalt .....	99
b)	Rechtsgedankenweg des OVG Koblenz .....	99
c)	Bewertung der Lösung des OVG Koblenz .....	100
3.	Der Verweis an den EuGH .....	101
<b>F.</b>	<b>Die Antwort des EuGH: Die <i>Alcan II</i>-Entscheidung .....</b>	<b>102</b>
<b>I.</b>	<b>Die Wiederaufnahme der Logik der <i>Deutsche Milchkontor</i>-Entscheidung .....</b>	<b>102</b>
1.	Die Bestimmung der Reichweite der nationalen Rechtsgrundsätze .....	104
2.	Konsequenzen für das deutsche Verwaltungsrecht .....	105
<b>II.</b>	<b>Die Reaktionen zur <i>Alcan II</i>-Entscheidung .....</b>	<b>106</b>
<b>III.</b>	<b>Die Lehre aus der <i>Alcan</i>-Entscheidung und die Modifizierung des § 48 VwVfG .....</b>	<b>108</b>
<b>IV.</b>	<b>Die <i>Alcan II</i>-Implementierung .....</b>	<b>109</b>
1.	Die <i>Alcan II</i> -Implementierung durch das BVerwG .....	109
2.	Die <i>Alcan II</i> -Implementierung durch das BVerfG .....	111
a)	Kein Vorliegen eines ausbrechenden Rechtsakts .....	111
b)	Der Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts und die Bindung an EuGH-Entscheidungen .....	111
3.	Konsequenzen für das deutsche Verwaltungsrecht: Kein schutzwürdiges Vertrauen wegen des Gemeinschaftsrechts .....	112
4.	Bewertung der Lösung .....	113
<b>G.</b>	<b>Der Fall Ölmühle: Weitere Einschränkungen der aus dem Vertrauensschutzprinzip             resultierenden Einrede .....</b>	<b>113</b>
<b>I.</b>	<b>Sachverhalt .....</b>	<b>114</b>
<b>II.</b>	<b>Die Bewertung des EuGH: Eingrenzung der nationalen Rechtsgrundsätze .....</b>	<b>114</b>
<b>III.</b>	<b>Bewertung der Lösung .....</b>	<b>115</b>
<b>H.</b>	<b>Zwischenfazit zur Verwendung des Prinzips des Vertrauensschutzes und der Modifizierung             der §§ 48, 49 VwVfG .....</b>	<b>116</b>
<b>§ 3.</b>	<b>Vertrauensschutz und Lockerung der Bestandskraft? .....</b>	<b>117</b>
<b>A.</b>	<b>Das Urteil <i>Kühne&amp;Heitz</i> .....</b>	<b>117</b>
<b>I.</b>	<b>Sachverhalt und Fragestellung .....</b>	<b>117</b>
<b>II.</b>	<b>Die Empfehlung des Generalanwalts .....</b>	<b>118</b>
<b>B.</b>	<b>Die Rechtslösung des EuGH: <i>effet utile</i> und <i>loyale Zusammenarbeit</i> über alles? .....</b>	<b>118</b>
<b>C.</b>	<b>Zwischenfazit zu den Konsequenzen der <i>Kühne&amp;Heitz</i>-Lösung .....</b>	<b>119</b>
<b>D.</b>	<b>Die Urteile <i>i-21 Germany</i> und <i>Arcor AG &amp; Co. KG</i>: Eingrenzung der <i>Kühne</i>-Rechtsprechung. ....</b>	<b>121</b>

I.	Sachverhalt und Fragestellung .....	121
II.	Die Empfehlung des Generalanwalts: Tendenz zu einer Pflicht eines Wiederaufgreifens des Verfahrens .....	121
III.	Die Rechtslösung des EuGH: Die Beibehaltung der <i>Kühne</i> -Rechtsprechung .....	122
IV.	Bestandskraft durch Fristen und Rechtskraft .....	123
§ 4.	Fazit zum deutschen Recht .....	125
A.	Die „Reduzierung“ des Ermessens nach § 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG .....	128
B.	Der Umfang der Rücknahme nach § 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG .....	133
C.	Die Erstattungspflicht der europarechtswidrigen Beihilfen nach § 49a VwVfG .....	134
 <b>Dritter Teil: Die Rückforderung der rechtswidrigen staatlichen Beihilfe in Frankreich.</b> .....		
§ 1.	Terminologische Schwierigkeiten und Begriffsbestimmungen. ....	139
A.	Die Rechtsbelehrungsmittel .....	139
B.	Die terminologischen Probleme bei den Rechtsfolgen. ....	141
§ 2.	Allgemeine Darstellung des französischen Verwaltungsrechts. ....	141
A.	Ein ursprünglich richterrechtliches Regime .....	143
B.	Die Intervention des Gesetzgebers .....	144
C.	Die Kristallisation der Probleme des <i>Conseil d'État</i> . ....	146
I.	Der <i>Conseil d'État</i> und die Literatur: Der „Dialog der Tauben“ .....	146
1.	Das widersprüchliche Verhalten des <i>Conseil d'État</i> .....	146
2.	Die offizielle Anerkennung des Vorrangs des Unionsrechts .....	147
II.	Die Rolle des Richters anhand der Rückwirkungskontrolle während der Annullierung. ....	147
1.	Die Annullierungsentscheidung und ihre Reichweite .....	147
2.	Die Grenzen der Rückwirkung: Das Zeichen der Richtermacht .....	148
D.	Der <i>Retrait</i> : Die Mischung des Widerrufs und der Rücknahme .....	150
I.	Der Inhalt des <i>Retrait</i> .....	150
II.	Der Begriff der <i>Création de droits</i> .....	150
E.	Exkurs: Die <i>Abrogation</i> – für die Zukunft und für bestehende Beihilfe geeignet .....	152
§ 3.	Die Hindernisse zur effektiven Umsetzung des Unionsrechts im Bereich des Beihilferechts. ....	153
A.	<i>Acte clair</i> und <i>Acte éclairé</i> : Ursprung und Bedeutung .....	153

I.	Der Inhalt des <i>Acte clair</i> . . . . .	154
II.	Die <i>Kühne&amp;Heitz</i> -Rechtsprechung: Beseitigung von Missbräuchen . . . . .	156
III.	Der <i>Acte éclairé</i> . . . . .	158
B.	Die unzureichende Berücksichtigung des Beihilferechts aufgrund der Interpretationsprobleme seitens des französischen Richters . . . . .	159
I.	Die Theorie der <i>Acte de gouvernement</i> als Hindernis zur Rückforderung . . . . .	160
1.	Die historische Entwicklung des Begriffs . . . . .	161
2.	Der <i>Acte de gouvernement</i> : Eine politische Legitimation (unions-)rechtswidriger Verhalten . . . . .	162
3.	Der <i>Borotra</i> -Plan: Die Verwendung der <i>Acte de gouvernement</i> . . . . .	162
§4.	Der <i>Retrait</i> und das Beihilferecht: eine mühsame Modernisierung . . . . .	163
A.	Die historischen Entwicklungen . . . . .	163
I.	Die <i>Dame Cachet</i> -Entscheidung: Maßgebend für das Verwaltungsrecht . . . . .	163
1.	Der Sachverhalt <i>Dame Cachet</i> . . . . .	163
2.	Die Rechtsprechung <i>Dame Cachet</i> . . . . .	164
II.	Die Entscheidung <i>Ville de Bagneux</i> : Eine ideale Lösung für die Beihilfe? . . . . .	165
1.	Zum Sachverhalt <i>Ville de Bagneux</i> . . . . .	165
2.	Bewertung der Lösung . . . . .	166
III.	<i>Sieur Ève</i> und <i>Dame de Laubier</i> : Die Vorbereitung zu Rechtsprechungswechseln . . . . .	167
1.	Die <i>Sieur Ève</i> -Entscheidung . . . . .	167
2.	Die <i>Dame de Laubier</i> -Entscheidung . . . . .	168
IV.	Das Gesetz <i>DCRA</i> : Eine Multiplikation der Regime des <i>Retraits</i> . . . . .	169
B.	Die <i>Ternon</i> -Entscheidung: Ein Anfang der Lösung . . . . .	171
I.	Sachverhalt . . . . .	171
II.	Der Begriff der <i>droits acquis</i> : Hindernis zur effektiven Rückforderung . . . . .	172
III.	Die Trennung der Rücknahmefrist mit der Anfechtungsklage . . . . .	173
IV.	Bedeutung für das Beihilferecht . . . . .	173
C.	Die Entscheidung <i>Dame Soulier</i> : Die Subvention als „Rechtsbegünstigung“? . . . . .	174
I.	Die <i>Ternon-Dame Soulier</i> -Rechtsprechung im Hinblick auf die Systematik des französischen Verwaltungsrechts . . . . .	175
II.	Die <i>Ternon-Dame Soulier</i> -Rechtsprechung im Hinblick auf das Beihilferecht . . . . .	176
D.	Die Entscheidung <i>Gardedieu</i> : Die Berücksichtigung der Haftung des Staates wegen seiner Gesetzgebung . . . . .	177

I.	Sachverhalt der <i>Gardedieu</i> -Entscheidung	177
II.	Errungenschaft der <i>Gardedieu</i> -Entscheidung	177
III.	Die <i>Gardedieu</i> -Entscheidung im Bezug auf das Beihilferecht	178
E.	Die <i>Arcelor</i> -Entscheidung: Eine Loyalitätserklärung des <i>Conseil d'État</i> an die europäischen Höfe	178
F.	Die Entscheidung <i>VINIFLOHR</i> : Das Ende der <i>Actes de Gouvernement</i> im Hinblick auf das Notifizierungsverfahren	181
I.	Zum Sachverhalt	182
II.	Die <i>Conclusions</i> des <i>Commissaire du gouvernement</i>	182
III.	Rechtsfrage: Ist die Entscheidung der „Notifizierung“ vom Richter kontrollierbar?	183
IV.	Die Rechtslösung: Kein Vorliegen eines <i>Acte de gouvernement</i>	184
V.	Konsequenzen für den <i>Retrait</i> gemeinschaftsrechtswidriger rechtschaffender Bescheide	184
G.	Exkurs: Die Modernisierung des materiellen Verwaltungsverfahrensrechts zur Anwendung des EG-Rechts am Beispiel der <i>CELF/SIDE</i> -Entscheidungen	185
I.	Die <i>CELF/SIDE</i> -Entscheidungen	186
II.	Eine progressive Einführung des Prinzips des Vertrauensschutzes auch im französischen Verwaltungsrecht?	187
III.	Die Auswertung des Ersuchens des <i>Conseils d'État</i> mit der Vorlagefrage	190
§ 5.	Fazit zum französischen Recht	191
<b>Vierter Teil: Abschließende Bewertung</b>		197
A.	Zusammenfassung der historischen Entwicklung	198
I.	Deutschland	198
II.	Frankreich	199
III.	Die Überformung der Rücknahme und des <i>Retraits</i> durch die europäische Ebene	201
B.	Rücknahme rechtswidriger Subventionsbescheide in den jeweiligen Rechtssystemen im Lichte der europäischen Rechtsprechung	203
I.	Rücknahme und <i>Retrait</i> : Ähnlichkeiten	203
II.	Rücknahme und <i>Retrait</i> : Unterschiede	203
1.	Der französische <i>Retrait</i> : Die Summe der Rücknahme und des Widerrufs	203
2.	Begriff des rechtschaffenden Verwaltungsakts und der „begünstigenden Natur“ des Verwaltungsakts	203
C.	Vertrauensschutz im deutschen und im französischen Recht	204
I.	Das deutsche Recht	204

II.	Das französische Recht .....	208
D.	Bestandskraft und Rechtskraft .....	211
I.	Der europäische Kontext .....	211
II.	Die französische Antwort .....	212
III.	Die deutsche Antwort .....	212
E.	Eine letzte Baustelle: Die Klarheit des nationalen Gesetzes .....	213
I.	Die deutsche Lage .....	213
II.	Die französische Lage und die Kodifikation .....	214
F.	Abschließendes Fazit .....	215
<b>Fünfter Teil: Literaturverzeichnis .....</b>		<b>219</b>
§1.	Deutsche Literatur .....	219
§2.	Französische Literatur .....	228
§3.	Normative Texte .....	239
<b>Sechster Teil: Rechtsprechungsverzeichnis .....</b>		<b>241</b>
§1.	Europäische Rechtsprechung .....	241
§2.	Deutsche Rechtsprechung .....	246
§3.	Französische Rechtsprechung .....	250

# Abkürzungsverzeichnis

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AJDA	Actualité juridique du droit administratif
Az	Aktenzeichen
BHO	Bundeshaushaltordnung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	Beziehungsweise
CJCE	Cour de Justice des Communautés Européennes
CJUE	Cour de Justice de l'Union Européenne
C.R.D.C	Centre de Recherche en Droit Constitutionnel
CVO	Cotisations Volontaires Obligatoires
DCRA	Droit des Citoyens dans leurs Relations avec l'Administration
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl	Deutsche Verwaltungsblätter
EG	Europäische Gemeinschaft
Entsch.	Entscheidungen
EEG	Erneuerbare Energie Gesetz
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohl und Stahl
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
GAJA	Les Grands Arrêts de la Jurisprudence Administrative
GewArch	Gewerbearchiv
Hrsg	Herausgeber
i. S. d.	Im Sinne des
i. S. v.	Im Sinne von
JuS	Juristische Schulung
JURA	Juristische Analysen
JZ	Juristische Zeitung
KOM	Kommission
LPA	Les Petites Affiches
LVG	Landesverwaltungsgericht
MLR	Marburger Law Review
MOG	Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen



## Abkürzungsverzeichnis

NJW	Neue Juristische Woche
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PUF	Presses Universitaires de France
PUAM	Presses Universitaires d' Aix-Marseille
RA	La Revue Administrative
RDP	Revue de droit Public
Req.	Requête
RFDA	Revue française de droit administratif
RIDC	Revue International de Droit Comparé
Rn	Randnummer
RTDE	Revue Trimestrielle de Droit Européen
Rs	Rechtssache
Slg	Sammlung von Entscheidungen
Urt.	Urteil
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VwVfG	Verwaltungsverfassungsgesetz
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik